

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Spielplatz Neustadt
- 0 KZ-Denkmal
- 0 Verkauf ÖBB-Waggon
- 0 Mindestsicherung

SPÖ und ÖVP: Wohnbeihilfe radikal gekürzt

Mit 1. September haben SPÖ und ÖVP die Wohnbeihilfe in der Steiermark abgeschafft. Sie wurde durch die viel schlechtere „Wohnunterstützung“ ersetzt.

Die Wohnunterstützung wird nun nach einer komplizierten Formel berechnet. Fast alle BezieherInnen der bisherigen Wohnbeihilfe werden nun deutlich weniger Unterstützung erhalten. Die KPÖ hat mehr als 100 Fälle durchgerechnet. Nur zweimal gab es leichte Verbesserungen. Für alle anderen bedeutet die neue Wohnunterstützung eine Kürzung.

„Härtefonds“

für eine hartes Gesetz

Mit der neuen Wohnunterstützung wird das Leben für Menschen mit geringem Einkommen noch schwerer. Das wurde von PolitikerInnen von SPÖ und ÖVP beschlossen, die selbst ein sehr hohes Einkommen haben. Wenige Tage nachdem bekannt wurde, wie katastrophal die Einschnitte sind, wurde ein „Härtefonds“ angekündigt. Wer viel verliert, soll die Hälfte des Verlustes ein Jahr lang ersetzt bekommen. Ein enormer zusätzlicher bürokratischer Aufwand, der die Verluste nur kurzfristig etwas abmildert. Details dazu sind noch immer nicht bekannt. Milliarden wurden zur Rettung der Banken und des Euros verpulvert. Das holt man sich nun bei den Ärmsten zurück.



Protestaktion der KPÖ vor dem Landtag in Graz

Einige Beispiele:

Alleinerzieherin mit einem Kind: Nettogehalt monatlich 820 Euro, Alimente von 250 Euro und Kinderbeihilfe 197,20 Euro. Bisher 169,83 Euro Wohnbeihilfe. Die Wohnunterstützung beträgt nun 18 Euro. Ein Verlust von 151,83(!) Euro.

Mindestpensionistin, alleinstehend: 837,76 Euro Pension, erhielt bisher 111,05 Euro Beihilfe. Nun erhält sie nur noch 43,10 Euro – verliert also monatlich 67,95 Euro.

Ein Ehepaar mit drei Kindern bezog bisher eine Wohnbeihilfe in der Höhe von 187,74 Euro. Künftig werden es nur noch 108,73 Euro sein.

Die KPÖ will die Verschlechterung der Wohnbeihilfe nicht einfach hinnehmen

Wir fordern die Rücknahme der Verschlechterungen. Wir haben vor dem Landtag protestiert, eine Demonstration in Graz organisiert, waren in den Gemeinderäten, in denen wir vertreten sind, aktiv und haben eine Unterschriftensammlung für eine Petition an den Landtag gestartet.

Auch die Abschaffung des Regresses war ein langer und zäher Kampf. Leistbares Wohnen ist ein Menschenrecht. Die Steiermark braucht Wohnungen, die sich die Menschen leisten können. Solange es keine billigen Wohnungen gibt, braucht es eine ausreichende Wohnbeihilfe. Dafür wollen wir uns einsetzen. Aber das kann nur gelingen, wenn viele Menschen bereit sind ebenfalls aktiv zu werden.

Unter-
schriftenliste
auf der
Rückseite



„**Wohnen leistbar machen**“, das war das Versprechen von ÖVP und SPÖ vor den Wahlen. Noch heuer hat die SPÖ-Knittelfeld in ihrer Zeitung „Konkret“ die obenstehende Titelseite verwendet. „Leistbares Wohnen ist ein ureigenes Anliegen der SPÖ“ steht dort zu lesen. Nun haben SPÖ und ÖVP unter Federführung der zuständigen SPÖ-Landesrätin Doris Kampus die Wohnbeihilfe enorm gekürzt. Es ist tragisch, wie sehr doch Worte und Taten auseinanderklaffen.

Wie es mit dem Zuschuss zum Wohnen in den letzten Jahren bergab ging:

Im Jahr 2006 bekam ein Mindestpensionist € 182,00 an Wohnbeihilfe.
Im Jahr 2014 bekam ein Mindestpensionist € 92,30 an Wohnbeihilfe.
Im Jahr 2015 wurden die Einkommensgrenzen, nachdem die KPÖ das Problem im Landtag wiederholt thematisiert hat, um 10 % angehoben. Das bedeutete: Im Jahr 2015 bekam ein Mindestpensionist € 116,09 an Wohnbeihilfe. **Im Jahr 2016** bekommt er nur mehr € 43,10 an Wohnunterstützung.

Antrag der KPÖ im Gemeinderat von SPÖ und ÖVP abgelehnt

Der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld möge folgendes beschließen: Der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld tritt auf dem Petitionswege an den Landtag und die zuständige Landesrätin heran und fordert: Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe.

Diesen Dringlichkeitsantrag hat die KPÖ bei der letzten Gemeinderatssitzung stellt. Dem Antrag wurde von SPÖ und ÖVP die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Er kam damit gar nicht auf die Tagesordnung. Die ÖVP hat ihre Ablehnung nicht begründet, für die SPÖ versuchte Fraktionsführer Erwin Schabhüttl die neue Wohnunterstützung sogar als Verbesserung zu verkaufen.

Asphalt statt Pflaster

Auf Anfrage von FPÖ und KPÖ erklärte der Bürgermeister, die Asphaltierungen am Hauptplatz seien nur eine Übergangslösung. Die tiefen Furchen und die breiten Spalten wären eine Gefahrenquelle gewesen. Das sei die billigste Lösung bis zur Neugestaltung des Hauptplatzes.



In Sachen Hauptplatzumgestaltung wurde ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben. StR Harald Bergmann erklärte, es werde 4-5 Teilnehmer geben. In wenigen Tagen werde eine Begehung und Besprechung stattfinden. Über den Winter werde geplant und für 23. Jänner 2017 sei die Präsentation und eine Sitzung der Bewertungskommission geplant.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr.914, 8720 Knittelfeld

Die Bezüge der LandespolitikerInnen brutto, 14 mal im Jahr

Landeshauptmann:	16.501,50
Landeshauptmann Stellvertreter:	15.633,00
LandesrätInnen:	14.764,50
Erster Landtagspräsident:	11.724,75
Landtagspräsident StellvertreterInnen:	7.382,25
Klubobleute:	10.856,25
Landtagsabgeordnete:	5.645,25

Für die meisten Landtagsabgeordneten ist dieser Bezug ein Zusatzeinkommen neben ihrer beruflichen Tätigkeit.

Die Abgeordneten der KPÖ (Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler 10.856,25 Euro, Werner Murgg, 5.645,25 Euro) haben kein zusätzliches Einkommen. Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro, alles darüber hinaus wird in den KPÖ-Sozialfonds eingezahlt.

Aus dem Gemeinderat

Esperantostraße

Der Auftrag zur Sanierung der Stützmauer in der Esperantostraße wurde in der Höhe von rund 118.000 Euro an die Firma Teerag-Asdag vergeben. Da die Grundierungsarbeiten für diese Sanierung bis in eine Tiefe von sieben Meter reichen und es sich laut Bombenkataster um eine Verdachtsfläche handelt, musste zuvor eine Sondierung durchgeführt werden. Ein zusätzlicher Auftrag in der Höhe von rund 6.000 Euro erging an die Firma EOD Munitionsbergung.

Kärntnerstraße

Die Kärntnerstraße ist im Bereich Gehgastraße bis Ingeringweg als „Unfallhäufungsstrecke“ eingestuft. Deshalb hat das Land eine Förderung zur Umgestaltung in der Höhe von 500.000 Euro zugesagt. Die Planungskosten von rund 17.400 Euro trägt die Gemeinde. Angedacht ist die Errichtung einer zusätzlichen Abbiegespur und eine Ampelregelung.

Kinderland Kinderfest



Viel Spaß und lustige Spiele gab es heuer wieder beim Kinderland Kinderfest in der Portniggstraße. Auch das Wetter war diesmal prächtig.

Groß war der Andrang bei der Tombola, denn nach der Absolvierung von zehn Spielstationen konnte sich jedes Kind ein Geschenk aussuchen.

Wir sehen uns im nächsten Jahr wieder beim Kinderland-Kinderfest.

Kinderland-Knittelfeld bedankt sich bei allen MitarbeiterInnen, die es ermöglicht haben ein schönes Kinderfest zu veranstalten!

Die Neustadt braucht einen fixen Spielplatz

Der Bewegungsraum für Kinder und Jugendliche wird immer kleiner. Freiflächen verschwinden, werden zubetoniert und verbaut. Von den Möglichkeiten, die es noch vor Jahrzehnten gab (z.B. der Zugang zur Ingeringau ohne Autobahn), können die Kinder heute nur träumen. In der Neustadt hat sich die Situation kontinuierlich verschlechtert.

Vor Jahren gab es am Ingeringweg die Rot-Weiß-Trainingswiese. Das Grundstück wurde von der Gemeinde an die Firma Promotool zur Errichtung von Werkshallen verkauft. Gebaut wurde bis heute nicht, aber die Freifläche steht nun nicht mehr zur Verfügung.

Es gibt zwar einen öffentlichen Spielplatz in der Burgfriedgasse. Aber dieser liegt ungünstig inmitten der Wohnanlage. Konflikte zwischen den Bedürfnissen der Kinder und dem Ruhebedürfnis der BewohnerInnen sind vorprogrammiert. Darauf haben wir schon vor der Errichtung hingewiesen.

Dann wurden am Spielplatz in der Frühlingsgasse Wohnungen errichtet. Als Ersatz gab es einen Spielplatz in der Badgasse. Aber auch dieser Platz wird bald geschlossen werden. Die OWG, die Besitzerin des Grundstücks, errichtet dort neue Wohnungen. Als



Dieser Spielplatz in der Badgasse wurde auf Initiative der KPÖ errichtet. Doch sein Bestand ist nur mehr von kurzer Dauer, die OWG errichtet dort neue Wohnungen.

Ersatz wird der Spielplatz auf ein Grundstück am Ingeringweg verlegt. Aber auch dieser Ersatz hat ein Ablaufdatum. In der Vereinbarung der Gemeinde mit der OWG steht: „Da es sich um Baugrundstücke handelt, gilt als vereinbart, dass die Stadtgemeinde nach schriftlicher Aufforderung durch die OWG, innerhalb von drei Monaten den Urzustand herstellt.“

Schon vor vielen Jahren haben wir eingefordert, dass die Sicherung von Flächen für Kinder und Jugendliche Teil eines Entwicklungskonzeptes für unsere Stadt sein muss. Die Stadt muss mit Grundstückseigentümern in Kontakt treten, Flächen ankaufen, die Schaffung von Vorbehaltsflächen für Spielplätze prüfen. Kinder und Jugendlichen brauchen Platz - und dieser muss abgesichert werden.

Die jetzige Situation ist völlig unbefriedigend. Deshalb hat die KPÖ auch als Protest gegen die Regelung mit der OWG gestimmt. KPÖ-GR Sylvia Lammer: „Hier wird keine zufriedenstellende Lösung geboten. Wir hoffen, dass unser Protest Anstoß ist, um einen fixen Platz zu suchen.“



Wo viel Geld fließt:

Wenn wesentliche Budgetposten sich verändern, muss der Gemeinderat einen Nachtragsvoranschlag beschließen. Das war in der letzten Gemeinderatssitzung der Fall. Ein wesentlicher Grund für den Nachtragsvoranschlag war der Ankauf des Bezirksgerichtes für ein Haus der Vereine.



Die Gemeinde hat für das Gebäude des Bezirksgerichtes um 360.000 Euro mehr bezahlt als die Vorbesitzer

Die KPÖ hat gegen den Nachtragsvoranschlag gestimmt, weil wir gegen den Ankauf des Bezirksgerichtes waren. Nicht weil wir gegen ein Haus der Vereine sind, sondern weil die Gemeinde einer privaten Investorengruppe um 360.000 Euro mehr bezahlt hat, als diese selbst für den Ankauf des Bezirksgerichts entrichtet hat. Eine enorme Steigerung des Kaufpreises in nur zweieinhalb Jahren. Diese gewaltige Preissteigerung ist nun natürlich auch Teil des Nachtragsvoranschlages.

Die KPÖ hat diese Preissteigerung aufgezeigt und scharf kritisiert. Allerdings waren wir die einzige Fraktion, die sich im Gemeinderat daran gestoßen hat. Immer wieder erleben wir, dass große Summen ohne viel Diskussion beschlossen werden. Bei kleinen Verbesserungen von Sozialleistungen hören wir aber das sei nicht finanzierbar.

Ein Beispiel aus der Vergangenheit

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der Verkauf des Speisewaggons, der seit vielen Jahren unbenutzt am Vorplatz der ÖBB-Landesausstellungshalle steht, beschlossen. Der Käufer bezahlt dafür 12.000 Euro und übernimmt die Kosten des Abtransports. Dieser Waggon ist ebenfalls ein Beispiel dafür, wie locker oft mit Steuergeld umgegangen wurde.

Im Jahr 1993 wurde der Eisenbahnspeisewagen von einem privaten Betreiber (Fa. Zehenthofer) am Kapuzinerplatz aufgestellt. Damals hat die Gemeinde 80.000 Schilling (ca. 5.800 Euro) zu den Aufstel-

lungskosten dazubezahlt. Die KPÖ hat das kritisiert. Der Waggon wurde dann auch kurzfristig nach dem damaligen Bürgermeister Fritz Kaufmann „Fritzchen“ benannt.

Der Waggon wurde nie richtig angenommen - und plötzlich sprang die Gemeinde ein. Im Jahr 1998 wurde gegen die Stimmen der KPÖ von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen den Speisewagen anzukaufen. 800.000 Schilling (ca. 58.100 Euro) war der Kaufpreis, 200.000 Schilling (ca. 14.500 Euro) kostete der Transport zur ÖBB-Landesausstellungshalle. Der Waggon wurde nur während der Landesaussstellung 1999 benutzt, und rostet seitdem vor sich hin. Heute ist man froh 12.000 Euro dafür zu bekommen. Der private Betreiber ist die Fehlinvestition losgeworden, die SteuerzahlerInnen haben bezahlt.



Dieser Speisewagen, früher „Fritzchen“ genannt, rostet seit Jahren am Gelände vor der Landesausstellungshalle vor sich hin. Einst hat die Gemeinde viel Geld dafür ausgegeben.

Nachtrag

„Aber was geschieht mit dem Waggon nach der Landesausstellung?“. „Hier wird gleich eine Million investiert, damit die Firma Zehenthofer günstig aussteigen kann. Letztlich geht es hier um die Steuergelder der KnittelfelderInnen“ - das haben wir 1998 in unseren „Knittelfelder Nachrichten“ geschrieben.

Oft wird uns vorgeworfen, eine „Neinsagerpartei“ zu sein. Wenn wir gegen etwas stimmen, dann haben wir einen guten Grund - und wie man sieht, hatten wir im nachhinein betrachtet sehr oft recht.

Wo geknausert wird:

Heizkostenzuschuss

Die Stadtgemeinde gewährt Knittelfelder MindestpensionistInnen, BezieherInnen von Mindestsicherung und nun auch wieder BezieherInnen von RehaGeld einmal im Jahr einen Heizkostenzuschuss in der Höhe von 60 Euro.

Die Höhe des Betrages ist seit 2010 unverändert. (2010 wurde der Betrag auf Antrag der KPÖ von ↻

☞ 40 auf 60 Euro erhöht). Während dieses Zeitraums wurde die Mindestsicherung verschlechtert (Wegfall des 13. und 14. Bezugs) und im Sommer 2016 nochmals gekürzt. Auch die Pensionserhöhungen sind diesem Zeitraum sehr gering ausgefallen. Die Erhöhung soll 2017 nur 0,8 Prozent betragen.



Unser Antrag auf Erhöhung des Heizkostenzuschusses wurde abgelehnt

Eine Erhöhung des Heizkostenzuschusses wäre eine Unterstützung für Menschen mit geringem Einkommen und ein sozialpolitisches Zeichen der Stadtgemeinde Knittelfeld. Deshalb haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung den Antrag gestellt, den Zuschuss von 60 auf 100 Euro zu erhöhen.

Unser Antrag wurde von SPÖ und FPÖ kommentarlos abgelehnt. Die ÖVP erklärte eine Erhöhung auf 75 Euro würde sie mittragen, eine Anhebung auf 100 Euro sei zu viel. Damit ist die einzige positive Neu-

Feindbild Mindestsicherung

Die Mindestsicherung hat bei vielen Menschen einen schlechten Ruf. Die BezieherInnen werden oft als arbeitsscheue Personen diffamiert, die sich in einer „sozialen Hängematte“ ausruhen würden.

Die Mindestsicherung ist eine Sozialleistung des Staates und soll die ärgste Armut abfangen. Die BezieherInnen müssen dem Arbeitsmarkt bis auf wenige Ausnahmen (Kinderbetreuungspflichten, Krankheit) zu Verfügung stehen. So ist die Mehrheit berufstätig. Ihr Einkommen ist aber so gering, dass sie eine Zuzahlung brauchen um einigermaßen über die Runden zu kommen. Die durchschnittliche staatliche Zuzahlung betrug 2015 monatlich 568 Euro, die Bezugsdauer lag bei durchschnittlich acht Monaten.

In Wahrheit ist die Mindestsicherung auch ein öffentlicher Zuschuss, der es Unternehmern erleichtert in einigen Bereichen wahre Schandlöhne zu bezahlen. Wenn es einen gesetzlichen Mindestlohn von monatlich 1.700 Euro brutto geben würde, gäbe es auch viel weniger Menschen die eine Mindestsicherung brauchen. Nicht die Höhe der Mindestsicherung, sondern die niedrigen Löhne sind ein Skandal.

Medien und politische Parteien machen Stimmung. MindestsicherungsbezieherInnen werden als neue Feindbilder erschaffen. Wenn man den Unmut auf die Ärmsten der Gesellschaft lenken kann, bleibt

erung, dass nun auf Initiative der KPÖ auch wieder BezieherInnen von RehaGeld wieder in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufgenommen wurden.

Weihnachtszuwendung

Einmal im Jahr zahlt die Stadtgemeinde eine sogenannte „Weihnachtszuwendung“ an BezieherInnen von Mindestsicherung und deren Kinder. Bisher waren das ein Betrag von 30 Euro für den Haushaltsvorstand oder Alleinstehende und je nach Alter, entweder 15 oder 25 Euro pro Kind.

Schon seit langem ist es unser Anliegen, dass die Weihnachtszuwendung der Stadtgemeinde Knittelfeld angehoben wird. Das wurde im letzten Sozialausschuss diskutiert. Unser Vorschlag war, wenigstens den Betrag für die Kinder einheitlich auf 50 Euro anzuheben. Alle anderen Fraktionen erklärten, das sei zu viel und behaupteten, dass sich die Gemeinde das nicht leisten könne.

Unser Vorschlag der Erhöhung für Kinder würde heuer rund 5.600 Euro kosten. Ein Betrag, der angesichts eines Budgetvolumens unserer Stadtgemeinde von rund 40 Millionen Euro und eines Überschusses von rund 218.000 Euro leicht zu finanzieren wäre. Schließlich hat der Gemeinderat eine einheitliche Erhöhung des Kinderbetrages auf 30 Euro beschlossen. Für viele Vorhaben werden oft große Summen ausgegeben. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben kein Problem damit privaten Investoren 360.000 Euro mehr für ein Gebäude zu bezahlen - aber jede Erhöhung von Sozialleistungen ist ein zähes Ringen.

unter der Decke, dass die Reichen immer reicher und die Konzerne immer mächtiger werden.

Die Mindestsicherung wird benutzt, um gegen AusländerInnen Stimmung zu machen. AsylwerberInnen haben keinen Anspruch auf Mindestsicherung. Erst wenn jemand asylberechtigt ist entsteht der Anspruch. Jeder Bezugsberechtigte mit der gleichen Einkommenssituation und Kinderanzahl bekommt den gleichen Betrag, AusländerInnen bekommen keinesfalls mehr als ÖsterreicherInnen. Oft wird eingeworfen es sei ungerecht, dass jemand, der eben erst gekommen ist, den selben Anspruch hat.

Jedes Asylansuchen wird geprüft. Nur wer echte Asylgründe hat bekommt Asyl. Die Menschen sind vor Krieg und Verfolgung geflohen, sie haben sich dieses Schicksal nicht ausgesucht. Die USA und die EU haben durch ihre Interventionen viele Regionen ins Chaos gestürzt und sind Schuld an den Fluchtbewegungen. Wie sollen Menschen in einem Hochpreisland wie Österreich überleben, wenn sie keine Unterstützung bekommen? Die Ausgaben für die Mindestsicherung sind ein Bruchteil dessen, was uns Bankenrettung (Hypo-Alpe-Adria) oder Euro-Rettung kosten. Unser Sozialsystem ist nur deshalb immer schwieriger zu finanzieren, weil Gewinne und Vermögen kaum besteuert werden und diese Einnahmen in der Staatskasse fehlen.

Mahnmal für die Widerstandskämpfer gegen den Faschismus ÖBB will das Grundstück nicht mehr pflegen



In der Bahnstraße gegenüber dem Bahnhofplatz steht das Mahnmal für die Knittelfelder WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus. Bisher wurde das Grundstück von den ÖBB gepflegt. Nachdem die ÖBB vertraglich dazu nicht verpflichtet sind, wurde das Mähen der Wiese und die Pflege der Hecke im Sommer kurzzeitig eingestellt.

Fritz Josef, Gärtner Heinrich, Glatzer Johann, Gregor Johann, Hackl Anton, Haidinger Franz, Hierzenberger Rudolf, Jessner Johann, Kogelmüller, Josef, Kohl Josef, Krassnig Simon, Kühberger Ignaz, Lachmaier Franz, Lackner Karl, Leitner Josef, Leopold Alois, Lindheim Franz, Maierhofer Josef, Mang Johann, Mörzinger Anton, Pichler Käthe, Preiss Johann, Rainer Blasius, Sattler Mathias, Schedenig Pius, Seifried Franz, Stummer Peter, Tobisch Wilhelm, Vaupotitsch Paul.

Das sind die Namen jener KnittelfelderInnen, die im Widerstand gegen den Faschismus hingerichtet wurden, und an die das Mahnmal erinnert. Das Denkmal stammt von der bekannten Architektin Margarete Schütte-Lihotzky.

KPÖ-Stadträtin Renate Pacher hat im Stadtrat nachgefragt. Der Bürgermeister erklärte, heuer würde die ÖBB die Pflege noch übernehmen. Es werde über eine Lösung nachgedacht. Eine Variante sei auch die Versetzung des Mahnmals an einen besser frequentierten Ort, damit das Denkmal für mehr Menschen sichtbar wird.

Viele der ermordeten WiderstandskämpferInnen waren bei der ÖBB beschäftigt. Es ist kein Ruhmesblatt, wie die ÖBB-Verantwortlichen mit ihrer eigenen Geschichte umgehen. Die Geschichte des Knittelfelder Widerstandes gegen den Faschismus und der Mut dieser Menschen muss stets gewürdigt werden.

P.S.: Dass die ÖBB-Verantwortlichen die Pflege dieses Mahnmals offensichtlich nur mehr als Kostenfaktor sehen, hat auch mit den Einsparungen und der Zersplitterung bei den ÖBB zu tun. Die Eisenbahn wurde in zahlreiche Bereiche aufgesperrt, in denen nur noch die Kosten des eigenen Teilbereichs gesehen werden. Im Jahr 1973 waren bei den ÖBB in der Steiermark noch rund 13.000 Menschen beschäftigt, 2016 sind es nicht einmal mehr 4.500.

Am Freitag, 28. Oktober findet um 9.00 Uhr beim KZ-Denkmal das jährliche Gedenken der Gemeinde und der Eisenbahnergewerkschaft an die WiderstandskämpferInnen statt. Alle sind herzlich dazu eingeladen.

Aus dem Gemeinderat

Wirtschaftsförderungen
Für folgende Knittelfelder Betriebe wurde die Gewährung einer Wirtschaftsförderung in Form eines Investitions- oder Umbaukostenzuschusses beschlossen: Firma Anders Biken: 900 Euro, Firma Unicum: 1.900 Euro, Firma Handy-Shop: 585 Euro, Firma Blütenhandwerk: 600 Euro.

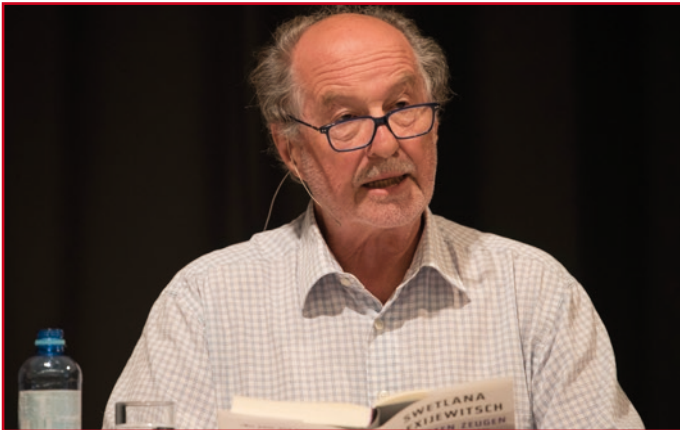
Tarifierhöhung
Die Tarife für die Musikschule wurden angehoben. Die KPÖ hat als einzige Fraktion dagegengestimmt. Denn es handelt sich wieder um eine Gebührenerhöhung. Außerdem werden die Tarife vom Land einfach vorgegeben, die Gemeinde hat keine Mitsprache - das halten wir für undemokratisch.

Nachmittagsbetreuung
Die Nachmittagsbetreuung für die Kärntnerschule wurde an die Diakonie de la Tour vergeben.

Photovoltaikanlage
Ursprünglich war auf den Dächern des Bauhofes und des Krematoriums die Errichtung von Photovoltaikanlagen geplant. Der Standort des Krematoriums wurde aus Pietätsgründen verworfen. Betreiber der Anlage soll für 20 Jahre die Firma Ökosolar sein. Finanziert soll es über private Anleger werden, wobei eine Rendite von drei Prozent in Aussicht gestellt wird. Die Gemeinde stellt die Dachflächen zur Verfügung und kann in 20 Jahren die Anlage übernehmen.

Wir sind der Meinung, es wäre besser, die Gemeinde würde das Projekt selbst durchführen. Die Anleger wollen verdienen, die Firma Ökosolar ebenfalls. In Spielberg hat die Gemeinde vor kurzem selbst ein großes eigenes Projekt begonnen, bei dem die Gemeinde der Betreiber ist. Man geht davon aus, dass sich die Anlage in rund 13 Jahren rechnet. Dann fließen alle Gewinne der Gemeinde zu.

In Sachen Photovoltaik wurde ein Grundsatzbeschluss gefasst. Die Einzelheiten werden erst in einer kommenden Gemeinderatssitzung beschlossen.



Wie bei jeder Airpower gab es von Grünen und KPÖ eine Gegenveranstaltung – um Gelegenheit zu Protest und Kritik zu geben. In einem berührenden Vortrag las Peter Uray aus dem Buch „Die letzten Zeugen“.

Die Literaturnobelpreisträgerin Swetlana Alexijewitsch hat die Erlebnisse sowjetischer Kinder im Zweiten Weltkrieg in aufwühlenden Erzählungen festgehalten. Sie geben den Hauch einer Ahnung, was Krieg, Bomben, Vertreibung und Flucht bedeuten – damals und heute. Und es wurde völlig klar: Wir brauchen eine „Peacehour“ statt der Airpower.

Viele der Flugzeuge, die bei der Airpower gezeigt wurden, sind Kampfflugzeuge, also hochtechnolog-

sche Waffen. Zum Beispiel wurde erstmals der französische Kampfbomber „Rafale“ gezeigt, der in Afghanistan, Libyen, dem Irak und Syrien in Einsatz war. Kampfflugzeuge töten Menschen, zerstören Krankenhäuser, Schulen oder Wohnhäuser - und konnten dann bei uns als „Unterhaltungsevent“ bejubelt werden. Das ist unerträglich.

2015 sind die Rüstungsausgaben weltweit wieder gestiegen, auf unvorstellbare 1,5 Billionen Euro. Die Airpower ist auch eine Werbeveranstaltung für die Rüstungsindustrie. Es wäre gerade in Zeiten wie diesen besser, darüber nachzudenken, wie wir unsere Gesellschaft friedlicher gestalten, anstatt Veranstaltungen wie die Airpower durchzuführen.

Die Kosten der Airpower

Der Rechnungshof hat vor kurzem einen vernichtenden Bericht über die Airpower 2013 2011 und 2009 veröffentlicht. Darin sind auch die Kosten dieser Veranstaltung ersichtlich. Millionen an Steuergeldern stehen nur geringe Einnahmen gegenüber

	Kosten, gerundet		
	2009	2011	2013
Kosten	11,03 Mio.	10,53 Mio	11,68 Mio
Einnahmen:			
Sponsorgeld von Red Bull	0,9 Mio.	0,9 Mio	0,9 Mio
Steuergeld von Land Steiermark	0,8 Mio.	0,8 Mio.	0,8 Mio.
Ertrag aus Gastronomie, Standgebühr...	1,28 Mio.	1,42 Mio.	1,31 Mio.

11. Oktober: Equal Pay Day - Aktion der Gemeinde

Der „Equal Pay Day“ fiel heuer österreichweit auf den 11. Oktober. Zu diesem Datum haben Männer bereits jenes Einkommen erreicht, für welches Frauen noch bis zum 31. Dezember arbeiten müssen. Frauen müssen also statistisch gesehen 82 Tage länger arbeiten um das gleiche Einkommen zu erreichen.

Ganzjährig vollzeitbeschäftigte Männer kommen durchschnittlich auf ein Bruttoeinkommen von 48.863 Euro, Frauen auf 37.935 Euro. Das ist eine Differenz von 22,4 Prozent. In Österreich ist die Lohnschere besonders groß. Im EU-Vergleich liegt unser Land auf dem vorletzten Platz. Nur in Estland sind die Unter-

schiede noch größer. Um auf dieses Unrecht aufmerksam zu machen wird jedes Jahr der „Equal Pay Day“, der „Tag der Einkommensgerechtigkeit“ begangen.

Heuer beteiligte sich die Gemeinde Knittelfeld erstmals daran. Die Aktion wurde vom Referat Kinder, Jugend und Familie durchgeführt. Unter dem Motto „Fairer Kaffee für faire Bezahlung“ gab es am Vormittag des 11. Oktober am Gemeindeamt Fair-Trade-Kaffee und eine Torte, die auch optisch auf die Ungleichbehandlung aufmerksam machte. Knittelfeld ist nach Graz die erste Gemeinde, die eine solche Aktion durchführt, das freut mich als Frauenreferentin der Stadt Knittelfeld besonders.

Pacher Renate

BINDER
WILLKOMMEN BEI UNS!  GMBH

Schulgasse 11 / Ecke Parkstraße
A-8720 Knittelfeld
Tel.: 03512 / 820 25
office@bindergmbh.at
www.bindergmbh.at

**Raiffeisenbank
Aichfeld**



Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Freitag, 21. Oktober

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Die KPÖ nimmt zu politischen
Ereignissen Stellung und ist in vielen
Fragen aktiv. Aber selten wird in
den Medien darüber berichtet.

Unsere Internetadresse:
www.kpoe-steiermark.at

E-Mail: **kpoe.knittelfeld@aon.at**

Petition an den Landtag Steiermark

Wohnen darf nicht arm machen

Hände weg von der Wohnbeihilfe



Mit 1. September haben SPÖ und ÖVP die Wohnbeihilfe in der Steiermark abgeschafft. Sie wurde durch die viel schlechtere „Wohnunterstützung“ ersetzt.

Mit der neuen Regelung werden sich viele Leute ihre Wohnung nicht mehr leisten können: arbeitende Menschen, Familien, Studierende, Pensionistinnen und Pensionisten.

Nun werden Familienbeihilfe und Unterhaltszahlungen als Einkommen gewertet. Das ist ein sozialpolitischer Tabubruch. Erstmals wird Geld, das für die Kinder gedacht ist, für die Berechnung der Unterstützung herangezogen. Neu ist auch, dass niemand eine Wohnunterstützung bekommt, dessen Vermögen den Betrag von 4.189 Euro überschreitet. Viele Menschen haben einen Notgroschen angelegt, wer gespart hat wird nun bestraft. Das sind nur einige der neuen Verschlechterungen.

2009 hat das Land Steiermark noch 73,4 Millionen Euro für die Wohnbeihilfe ausgegeben. 2014 waren es nur noch 46,3 Millionen. 2011 wurde der Zuschuss für die Betriebskosten halbiert. Die neue Wohnungssicherung ist ein weiteres brutales Kürzungspaket auf dem Rücken der Menschen, die ohnehin mit wenig Geld auskommen müssen.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Die Steiermark braucht Wohnungen, die sich die Menschen leisten können. Solange es keine billigen Wohnungen gibt, braucht es eine ausreichende Wohnbeihilfe.

Wir fordern:

- **Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe**
- **Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen**

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift

Bitte einsenden an: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld
Wir schicken auch gerne Unterschriftenlisten zu, Tel: 03512/82240